

# Unausweichlichkeit der Demokratisierung oder 'Democracy Bias'? Kulturelle Rahmenbedingungen und Faktoren der Stabilität und Instabilität politischer Regime

Pickel, Gert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

## Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pickel, G. (2009). Unausweichlichkeit der Demokratisierung oder 'Democracy Bias'? Kulturelle Rahmenbedingungen und Faktoren der Stabilität und Instabilität politischer Regime. *Totalitarismus und Demokratie*, 6(2), 293-322. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-311625>

## Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

## Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

---

# Unausweichlichkeit der Demokratisierung oder „Democracy Bias“? Kulturelle Rahmenbedingungen und Faktoren der Stabilität und Instabilität politischer Regime

Gert Pickel

---



Prof. Dr. Gert Pickel, geb. 1963 in Kronach/Obfr., Professor für Religions- und Kirchensoziologie der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Diplomstudium der Soziologie und

Politikwissenschaft an der Universität Bamberg, 2002 Promotion an der Europa-Universität Frankfurt (Oder), 2008 Habilitation an der Universität Greifswald, 1993–1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bamberg; 1996–2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kultursoziologie der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder); 2007–2009 Vertretungsprofessor und seit 2009 Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Universität Leipzig.

## Abstract

According to the critics, there is a “democracy bias” in current research that results from the fact that the researchers presume that the spread of democracy is more closely interrelated with the assumptions of modernization theory than it actually is. However, the facts show that while the number of democracies has continuously increased, autocracies, single party regimes, monarchies and military regimes have also evolved into limited multiparty systems. One of the main criteria of regime stability is the joint legitimacy granted by the people. The main sources of empirical legitimacy are socio-economic success and an ideology that enhances hegemonic development. A lack of legitimacy is the decisive criterion indicating the collapse of any kind of regime. However, the timing of the collapse also depends on additional features of the structural, institutional and cultural context. Among these, the constellation of actors in relation to the opposing elites is of particular importance.

## I. Einleitung – „democracy bias“ statt „modernisierungsbedingte Demokratisierung“

Betrachtet man die aktuellen Debatten hinsichtlich politischer Regime, so könnte man den Eindruck bekommen, dass mittlerweile nicht mehr die Demokratie, sondern eher deren Defizite im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Analyse ste-

hen.<sup>1</sup> So beschäftigt sich nicht nur seit mehr als einem Jahrzehnt ein großer Teil der Forschungsarbeiten mit „hybriden Regimen“, „defekten Demokratien“ oder „Demokratien mit Adjektiven“,<sup>2</sup> in den letzten Jahren wurden auch die autokratischen Regime wiederentdeckt.<sup>3</sup> Und dies ist nicht ganz überraschend, schafften es doch offensichtlich trotz aller Demokratisierungswellen viele Länder in als „autoritär“ zu bezeichnenden Systemstadien zu verbleiben. Zudem konnten in den letzten Jahren vermehrt Entwicklungen beobachtet werden, die Demokratien in autoritäre Stadien zurückwarfen.<sup>4</sup> So ist es wenig erstaunlich, dass so namhafte Demokratieforscher wie Arch Puddington oder Larry Diamond auf die Gefahren eines „democratic rollback“ verweisen und mit der Jahrtausendwende die Demokratie als Regimetyp in der Krise sehen.<sup>5</sup>

Allem Anschein zufolge hat man es mit einem Perspektivwandel der politischen Regimeforschung zu tun: Wurde in den früheren Betrachtungen die Ausbreitung von Demokratie im Rahmen von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen als quasi unausweichlich angesehen, so wird nunmehr diese Annahme fundamental in Frage gestellt bzw. scheint sogar mancherorts als normativ überzogen widerlegt. Hinweise auf eine immer noch feststellbare Ausbreitung von Demokratie, demokratischen Institutionen und demokratischen Prinzipien werden vermehrt misstrauisch, wenn nicht gar ablehnend betrachtet. Häufig wird denen, die trotz all der beobachtbaren Rückschritte und dem Überleben von autokratischen Regimen auf eine tendenzielle Entwicklung hin zur Demokratie beharren, ein „democracy bias“ unterstellt. Dieser beruhe insbeson-

- 1 Für die hilfreichen Hinweise und Anmerkungen zum vorliegenden Manuskript danke ich insbesondere Susanne Pickel und Steffen Kailitz, sowie einem unbekannten Gutachter.
- 2 Vgl. Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant, *Defekte Demokratien* Band 1: Theorien und Probleme, Wiesbaden 2003; dies., *Defekte Demokratien* Band 2: Defekte Demokratien in Osteuropa, Ostasien und Lateinamerika, Wiesbaden 2006; David Collier/Steven Levitsky, *Democracy with Adjectives*. In: *World Politics*, 49 (1997), S. 430–452; Andreas Schedler/Rudolfo Sarsfield, *Democrats with Adjectives: Linking direct and indirect measures of democratic support*. In: *European Journal of Political Research*, 46 (2007), S. 637–659.
- 3 In der Folge wird der Sammelbegriff „autokratische Regime“ verwendet, da dieser nicht der Problematik der Differenzierung autoritärer und totalitärer Regime unterliegt. Ebenfalls verwendbar wäre der Begriff Diktatur gewesen, wobei dieser aus meiner Sicht sprachlich eine stärker normative Aufladung als der neutralere Begriff der Autokratie aufweist.
- 4 Vgl. Patrick Köllner, *Autoritäre Regime: Jüngere Entwicklungen und die Perspektiven vergleichender Forschung*. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 2 (2008), S. 351–366; Alan Siaroff, *Comparing Political Regimes. A Thematic Introduction to Comparative Politics*, Ontario 2005; Milan Svolik, *Authoritarian Reversals and Democratic Consolidation*. In: *American Journal of Political Science*, 102 (2008), S. 153–168.
- 5 Vgl. Arch Puddington, *The Freedom House Survey. A Third Year of Decline*. In: *Journal of Democracy*, 20 (2009), S. 93; Larry Diamond, *The Democratic Rollback*. In: *Foreign Affairs*, 2 (2008), S. 36–48; ders., *Developing Democracy. Toward Consolidation*, Baltimore 1999.

dere auf der (zu) engen Verzahnung der Ausbreitung von Demokratie mit den Überlegungen der Modernisierungstheorie und der Bemessung aller Entwicklungen auf diesem Sektor an Kriterienkatalogen der Demokratie. Ein solches Vorgehen wird dann als für eine echte, empirisch offene Forschung hinderlich und wissenschaftstheoretisch überholt angesehen. Selbst die Festlegung auf Typologien erscheint unter diesen Umständen gelegentlich als den Erkenntnisgewinn einschränkend und dem Forschungsgegenstand unangemessen, wird doch versucht, die bestehende Pluralität in Kategorien zu zwingen – und damit bemisst man sie häufig wieder an Kriterien der Demokratie, was zwangsläufig auf Defizite verweist. Diese Haltung verbindet sich gut mit der generellen Verbreitung von kulturspezifischen Überlegungen, welche die als universalistisch und teleologisch identifizierten Prämissen der Modernisierungstheorie in ihrer Gesamtheit zurückweisen.

Abgesehen davon, dass die daraus erwachsende Tendenz der Partikularisierung von Ergebnissen sozialwissenschaftlich unbefriedigend sein muss, stellt sich noch die empirische Frage, warum (nicht wenige) Länder den Prozess hin zur Demokratie beschritten haben – wo immer sie sich auf diesem Weg derzeit befinden – und andere nicht. Auch bleibt offen, warum bestimmte Länder einem bestimmten Regimetyp verhaftet bleiben, während andere sich wandeln. Zudem bleibt die Frage, ob die der Modernisierungstheorie eigenen Elemente sozioökonomischen Wohlstands verbunden mit der Diffusion freiheitlicher Wertemuster nicht doch eine gewisse Überzeugungskraft besitzen, die sie mit einem Wandel der sozialstrukturellen Rahmenbedingungen förderlich für die Verbreitung von Demokratie auswirken. Und dabei ist es wichtig anzumerken, dass es sich um empirische Fragen handelt, welche Klassifikationen zu ihrer Bestimmbarkeit voraussetzen, und nicht um normative Urteile, welche Demokratisierung teleologisch erwünschen.

Fasst man die oben formulierten Fragen zusammen, dann wird allerdings deutlich, worum es in den meisten Fällen der Beschäftigung mit autokratischen Regimen geht: einerseits um ihre Klassifikation, andererseits um ihre Stabilität oder Instabilität. Im zweiten Fall rückt nicht die faktische Ausprägung der politischen Regime, sondern ihre Fähigkeit zum Bestandserhalt ins Zentrum des Interesses. Und dieser kann für alle Regimetypen, welcher Ausprägung sie auch sein mögen, empirisch untersucht werden. Für Demokratien hat sich hier der Ansatz der politischen Kulturforschung als ein wichtiger Zugang herauskristallisiert.<sup>6</sup> Der Ansatz geht davon aus, dass politische Systeme dann ihre Struktur erhalten, wenn sie in der Bevölkerung auf breite Zustimmung und geringe Ablehnung treffen bzw. eine Korrespondenz zwischen politischer Struktur und politischer Kul-

6 Vgl. Gabriel Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963; Seymour Martin Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*, 2. erw. Auflage Baltimore 1981; David Easton, *A System Analysis of Political Life*, New York 1979; David Easton, *A Re-Assessment of the Concept of Political Support*. In: *British Journal of Political Science*, 5 (1975), S. 435–457.

tur besteht. David Easton bezeichnet diesen Zustand als politische Unterstützung und Seymour Martin Lipset klassifiziert die zentrale Stabilitätsressource in Anlehnung an Max Weber als Legitimität. Diese kulturelle Rückbindung institutioneller Stabilität wurde allerdings in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich für Demokratien untersucht. Dies ist etwas verwunderlich, da die Funktion der Herrschaftslegitimierung auch für autoritäre Regime eine stetige Aufgabe darstellt.<sup>7</sup> So erscheint es unwahrscheinlich, dass ein genuin autoritäres politisches Regime längerfristig allein durch Gewalt und Unterdrückung seines Volkes sein Überleben absichern kann. Über kurz oder lang benötigen auch nichtdemokratische oder autoritäre Systeme ein funktionstüchtiges Legitimationsprinzip, wollen sie ihre Herrschaft absichern.<sup>8</sup> Sie greifen dazu nur auf ein anderes Prinzip als in Demokratien zurück, wo es die Gewährleistung persönlicher Freiheiten, die Bereitstellung von Möglichkeiten politischer Partizipation für die Bürger und der Schutz des Individuums durch (juristische) Gleichbehandlung, aber auch ökonomische Erfolge und die Gewährleistung von Wohlstand sind, welche zum Aufbau von Legitimität beitragen. Dabei stellt die „empirische“ Legitimität, also die faktische Anerkennung der Herrschenden durch die Herrschaftsuntergebenen, den Schlüssel zum Systemerhalt dar. In Demokratien stützen zumeist institutionelle Verfahren das Herrschaftshandeln ab und steuern über Legalität Legitimität bei.<sup>9</sup> Allerdings existieren bereits nach Max Weber alternative Quellen der Legitimität: So können Herrscher durch den Bezug auf ihr (von der Mehrheit anerkanntes) Charisma bzw. aus traditionellen Gründen (Monarchie) Legitimität erlangen.<sup>10</sup> Und auch die seitens Linz betonte Ideologie totalitärer Regime, die einen allumfassenden Herrschaftsanspruch bekunden, ist als Herrschaftslegitimation zu verstehen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen stellen sich verschiedene Fragen: 1. Haben wir es in der Gegenwart mit einem „democratic rollback“ zu tun oder besitzt die Demokratie (und damit die Modernisierungstheorie) immer noch, jenseits aller normativer Ausdeutungen, Zugkraft für andere, nicht-demokratische Systeme? Daraus leitet sich 2. eine Frage nach der Stabilität politischer

7 Dies ist der Fokussierung auf die Entwicklung hin zur Demokratie und dem impliziten Konzeptverständnis der politischen Kulturforschung mit Anlehnung an die amerikanische Demokratie sowie der Problematik der Erfassung der politischen Kultur von autokratischen Systemen geschuldet.

8 Auf die hohe Relevanz der Herrschaftslegitimation verweist bereits Juan Linz in seinem bedeutenden Werk zum Zusammenbruch demokratischer Regime. Vgl. Juan Linz, *The Breakdown of Democratic Regimes: Crisis, Breakdown, and Reequilibration*, Baltimore 1978; Juan Linz, *Totalitäre und autoritäre Regime*, Berlin 2000. Auch neuere Überlegungen nehmen mehr und mehr die Notwendigkeit von Herrschaftslegitimation in autokratischen Regimen in den Blick. Vgl. Jennifer Gandhi/Adam Przeworski, *Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats*. In: *Comparative Political Studies*, 40 (2007), S. 1279–1301.

9 Dabei beruht auch legale Legitimität zu einem früheren Zeitpunkt auf empirischer Legitimität, da sie die Zustimmung zu ihrer Einführung benötigt.

10 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1976.

Regime ab – seien sie Demokratien, hybride oder autoritäre (bzw. sogar totalitäre) Regime? Können alle Regimetypen sowohl einen stabilen als auch einen instabilen Charakter annehmen und in welche Richtung gehen die Tendenzen des Wandels? Und 3. unter welchen Bedingungen ist dies der Fall? Sind Rahmenbedingungen zu identifizieren, welche die Möglichkeit geben, auf (zukünftige) Stabilität oder Instabilität zu schließen? Der zuletzt genannte Punkt kann in diesem Beitrag nur gestreift und andiskutiert werden, erscheint aber zum Verständnis des Problems notwendig.

## II. Systemtypen und Stabilität – theoretische Anmerkungen

### 1. Systemtypen und ihre Erfassung

Ausgangspunkt einer Untersuchung der Stabilität politischer Regime ist deren trennscharfe Klassifikation. Doch bereits hier herrscht kein Konsens. So unterscheidet man in Anlehnung an Linz autokratische Regime in den totalitären und den autoritären Untertyp, wobei letzterer in der Regel zwischen Totalitarismus und dem dritten Typus der Demokratie eingeordnet wird.<sup>11</sup> Linz selbst fügte den drei angesprochenen Regimetypen noch personalistische Herrschaften (z. B. Caudillismo, Caciquismo, absolutistische Monarchien, oligarchische Demokratie, Sultanismus) hinzu und verzichtete zu seiner Zeit noch auf die Zusammenfassung unter einem Sammeltypus Autokratie.<sup>12</sup> Dabei spricht er bereits ein erstes Problem an, welches auch für die neuere Forschung verblieben ist – das einer klaren Abgrenzung der Regimetypen. Zum Zweiten gilt es zu bedenken, dass man es auch in der Gruppe der autoritären Regime mit unterschiedlichen Typen zu tun hat. Folgt man Linz, dann kann man idealtypisch z. B. organische Staaten, unvollkommene oder prätotalitäre politische Regime, posttotalitäre Regime, Rassen- und ethnische „Demokratien“, autoritäre Mobilisierungsregime (einmal in postdemokratischen ein andermal in post-kolonialen Gesellschaften) und bürokratisch-militärische Regime unterscheiden.<sup>13</sup> Es gibt also nicht einen Typus autoritärer Regime, sondern mehrere. Zum Dritten suggerieren typologische Abgrenzungen eine Trennschärfe zwischen Systemen, die in der Realität

11 Vgl. z. B. Hans-Joachim Lauth, *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*, Wiesbaden 2006, S. 98–101.

12 Vgl. Linz, *Totalitäre und autoritäre Regime*, S. 112–113.

13 Linz sieht autoritäre Regime durch drei Merkmale gekennzeichnet: (1) begrenzter Pluralismus, (2) keine umfassend formulierte Ideologie, (3) weder extensive noch intensive Mobilisierung. Totalitäre Regime grenzen sich von diesen durch fehlenden Pluralismus und eine starke Ideologie ab. Allerdings verweist Linz selbst darauf, dass seine Typenbildung an einigen Stellen überschneidend und die Zuordenbarkeit nicht immer eindeutig ist. Vgl. Linz, *Breakdown of Democratic Regimes*; ders., *Totalitäre und autoritäre Regime*, S. 145–255.

oft nicht gegeben ist. So können autoritäre Regime Merkmale verschiedener der aufgezählten Typen aufweisen und sind entsprechend nicht immer eindeutig einem bestimmten Typ zuordenbar.<sup>14</sup> Dieses Problem wird in der aktuellen Debatte zu Herrschaftssystemen noch verschärft, sind doch auch die Differenzen zwischen autoritären Regimen und den als hybride Regime oder defekten Demokratien bezeichneten politischen Systemen nicht eindeutig, weil einige Länder beide Einordnungen auf sich vereinen können. Es stellt sich die Frage, inwieweit viele der mittlerweile als defekte Demokratien eingestuften Systeme nicht eigentlich zum Typus autoritärer Regime zu zählen sind.<sup>15</sup>

Zudem hat die Demokratieforschung der letzten Jahrzehnte den Schritt weg von dichotomen Betrachtungen hin zu einer eher gleitenden Beurteilung politischer Systeme vollzogen. Unter dem Blickwinkel des Demokratiestandes wurde der Gedanke einer kontinuierlichen Einschätzung der Demokratiequalität von Staaten aufgegriffen. Die Spanne geht von vollständigen Autokratien zu vollständig etablierten Demokratien. Diese Betrachtungen haben zu einer mittlerweile fast inflationär steigenden Ausbreitung an Instrumenten der Demokratiemessung geführt.<sup>16</sup> Der aus ihnen resultierende Gewinn für die Demokratieforschung ist nicht zu übersehen, wurde doch die ehemalige Dichotomie Demokratie-Autokratie aufgelöst und ein Verständnis für eine feinere Gradierung von Demokratie geschaffen, die kaum mehr in Frage gestellt wird. Die Identifikation von defekten Demokratien ist nicht zuletzt ein Resultat dieser Bemühungen. Ein solch kontinuierliches Denken ist dabei nicht alleine auf Demokratien begrenzt, wird doch auch der Grad autokratischer Elemente erfasst.<sup>17</sup> Die Ausrichtung dieser Instrumente an der Demokratiequalität brachte ihnen allerdings fast unisono die Kritik des „democracy bias“ ein.

14 Vgl. Collier/Levitsky, *Democracy with Adjectives*; Larry Diamond, *Developing Democracy*, S. 24–63; Merkel u. a., *Defekte Demokratie* Band 1.

15 Damit wird das Problem angesprochen, das die Begriffsverwendung „defekte Demokratien“ in sich birgt. So erscheint angesichts der Breite und Tiefe mancher der beobachteten Defizite die Einordnung als Demokratie fraglich und eine Zuordnung zu der neutraleren Kategorie hybride Regime oder gar zur Kategorie autoritärer Regime sinnvoller. Entsprechend ist es oft gerade der Begriff der „defekten Demokratie“, an dem sich die Diskussion um den „democracy bias“ der aktuellen Demokratieforschung entzündet.

16 Siehe zusammenfassend Thomas Müller/Susanne Pickel, *Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratieindizes*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 48 (2008), S. 511–539; Geraldo Munck/Jay Verkuilen, *Conceptualizing and Measuring Democracy. Evaluating Alternative Indices*. In: *Comparative Political Studies*, 35 (2002), S. 5–34; Susanne Pickel/Thomas Müller, *Systemvermessung – Schwächen der Konzepte und Verzerrungen der empirisch-quantitativen Bestimmung von Demokratie und Autokratie*. In: Gert Pickel/Susanne Pickel (Hg.), *Demokratisierung im internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2006, S. 135–172.

17 Dies ist am deutlichsten in der Messung von Polity (<http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm>) auszumachen, die neben der Messung demokratischer Institutionalisierung ein eigenständiges Instrument zur Bestimmung des Autokratiegrades erhebt.

Für eine breiter angelegte vergleichend-empirische Betrachtung der Systemübergänge ist es notwendig, eine Entscheidung hinsichtlich der Klassifikation der Regimetypen vorzunehmen. Dies ist nicht unproblematisch, da die derzeit vorliegenden Vorschläge zur Differenzierung autoritärer Regime einer gewissen Variationsbreite unterliegen. Neben der erwähnten – aber leider nicht ganz trennscharfen – Unterscheidung von Juan Linz sind hier nur die Typologien von Geddes, Snyder und Hadenius/Teorell zu nennen, welche Systeme nach den Herrschaftsausübenden oder der Art der Herrschaftsausübung unterscheiden.<sup>18</sup> Trennt Geddes Parteienregime von Militärdiktaturen und personalistischen Autokratien, so verzichten Hadenius und Teorell auf die aus ihrer Sicht nicht ganz eindeutige Variante der personalistischen Regime zugunsten der Kategorie der Monarchien. Dem letzten Vorschlag möchte ich aus pragmatischen Gründen folgen, bietet er doch zusammen mit einer zusätzlichen Unterscheidung von Einpartei- und beschränkten Mehrparteienregimen die Möglichkeit relativ klarer Zuordnungen von politischen Systemen und besitzt so den Vorteil, Übergänge zwischen Autokratie und Demokratie und zwischen verschiedenen Autokratietypen in ihrer Vielfalt besser abbilden zu können.<sup>19</sup>

## 2. Politische Stabilität (und Legitimität)

Ausgangspunkt einer Frage nach Stabilität oder Instabilität politischer Regime ist die Dauerhaftigkeit der beobachteten Zustände. Erstens ist in dieser Diskussion nicht der Systemzustand, den ein Land zu einem bestimmten Zeitpunkt einnimmt, bedeutsam, sondern die zeitliche Komponente seiner Veränderung oder Stabilität. Von Stabilität kann gesprochen werden, wenn ein Regimetyp über die Jahre erhalten bleibt und nicht in einen anderen Regimetyp wechselt. Zweitens sind Aussagen über Stabilität oder Instabilität zeitabhängig – Übergänge finden für Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten und nach unterschiedlich langen Verbleibperioden in einem Regimetyp statt. Es existiert also ein unterschiedliches „timing“ des Übergangs, welches die Vergleichbarkeit und Identifikation von stabilen bzw. instabilen Regimen erschwert. Drittens können Aussagen zu

18 Vgl. Barbara Geddes, *What do we know about Democratization after Twenty Years?* In: *Annual Review of Political Science*, 2 (1999), S. 115–144; Axel Hadenius/Jan Teorell, *Authoritarian Regimes. Stability, Change, and Pathways to Democracy 1972–2003*. Kellogg Institute for International Studies Working Paper 331, Stockholm 2006; dies., *Pathways from Authoritarianism*. In: *Journal of Democracy*, 18 (2007), S. 143–156; Richard Snyder, *Beyond Electoral Authoritarianism. The Spectrum of Non-Democratic Regimes*. In: Andreas Schedler (Hg.), *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder 2006, S. 219–231. Als alternative Kriterien zur Klassifikation werden noch die Reichweite bzw. der Grund der Herrschaftsausübung behandelt. Vgl. ebd., S. 220–221.

19 Hybride Regime werden von Hadenius und Teorell den autoritären Regimen zugeordnet und stellen somit keine eigenständige Kategorie dar.



den Gründen für den Umbruch erst rekonstruiert werden, nachdem dieser vollzogen wurde, während es in den Ländern in denen der Übergang ausbleibt, schwierig ist, die Gründe für dieses Ausbleiben konkret zu identifizieren. Viertens muss auf lange Reihen von Zeitvergleichen zurückgegriffen werden, da nur so dynamische Entwicklungen erfasst werden können. Angesichts dieser methodischen Schwierigkeiten ist es nicht verwunderlich, dass die empirische Analyse von Regimestabilität bislang noch begrenzt blieb. Allerdings nahmen einige Autoren in den letzten Jahren die Herausforderung an und stellten die Fragestellung nach der Stabilität autokratischer Regime und deren Begründung in das Zentrum ihrer Analysen.<sup>20</sup>

Auch wenn es in einem einzigen Aufsatz nicht möglich ist, differenziert auf alle potentiellen Begründungen für Stabilität oder Instabilität politischer Regime einzugehen, erscheint es doch sinnvoll, einige der gängigen Erklärungsmuster zu skizzieren und von dort den Weg zu den modernisierungstheoretischen und politisch-kulturellen Begründungsmustern zu nehmen. Gemeinhin kann man politisch-institutionelle, akteurszentrierte, ökonomische oder politisch-kulturelle Erklärungen von politischer Stabilität unterscheiden. Gerade die letzten beiden beziehen sich in starkem Umfang auf modernisierungstheoretische Überlegungen und sind ein besonderer Angriffspunkt für die Kritik des „democracy bias“.

Auf der politisch-institutionellen Ebene trägt die Konstitution des politischen Systems zu dessen Stabilität bzw. Instabilität bei. Gelingt es z. B. der Zentralregierung nicht, ihre Macht im ganzen Land auszuüben, kommt es zu einer eingeschränkten oder fragilen Staatlichkeit, die für den Erhalt des ganzen Regimes bzw. des vorherrschenden Regimetyps gefährlich werden kann. Gandhi und Przeworski erweiterten jüngst das Argument dahingehend, dass sie die Ausbildung von Institutionen (insbesondere die Zulassung von Parteien) umgekehrt auch als Strategie des Machterhalts für autoritäre Regime ausmachten.<sup>21</sup>

Daneben werden akteurstheoretische Stabilitäts- oder Instabilitätsfaktoren diskutiert. Auf der Makroebene ist die Wirkung der Einbindung in internationale Organisationen bzw. Abhängigkeiten von diesen hervorzuheben: Solange diese internationalen Organisationen die gleichen Ziele verfolgen wie das jeweilige Regime, tragen sie zu dessen Stabilisierung bei. Dies trifft z. B. für den Zusammenschluss arabischer Staaten oder traf für den Warschauer Pakt zu. Kommt es aber zu Differenzen in den Zielen, kann sich dies destabilisierend auswirken. Gerade Abhängigkeitsbeziehungen, insbesondere finanzieller Art (z. B. vom Weltwährungsfond oder von internationaler Entwicklungshilfe), können einen gewichtigen Druckfaktor zur Veränderung politischer Regime darstellen. Politi-

20 Siehe die bereits erwähnten Arbeiten von Geddes, *What Do We Know*; Svobik, *Authoritarian Reversals*; Hadenius/Teorell, *Authoritarian Regimes*.

21 Damit begegneten sie der bislang weit verbreiteten Annahme, dass es sich bei der Schaffung von Institutionen in autoritären Regimen durchweg um den Aufbau demokratischer Fassaden handle. Vgl. Gandhi/Przeworski, *Authoritarian Institutions*; Jennifer Gandhi, *Political Institutions under Dictatorship*, New York 2008.

sche Großmächte wie die USA können zum Beispiel massiven Druck auf autoritäre Regime ausüben, sich zu demokratisieren. Stehen den externen Akteuren dabei finanzielle Hebel gegenüber dem autoritären Regime zur Verfügung, verbessern sich die Möglichkeiten, dieses ins Wanken zu bringen. Auch kann die Beteiligung an internationalen Organisationen, aufgrund der damit notwendigen politischen Öffnung, die Diffusion westlicher Werte in das Land hinein verstärken. Umgekehrt kann ein starker Nachbar oder ein politisches Schwergewicht in den internationalen Beziehungen (z. B. China oder Russland) aber auch maßgeblich zur Stabilisierung von Autokratien beitragen (finanziell, ideell, diplomatisch).<sup>22</sup> Externe Akteure sind also in der Lage, durch gezielte Einflussnahme zur Destabilisierung wie auch zur Stabilisierung eines Systems einen wesentlichen Anteil beizutragen.<sup>23</sup>

Für die Betrachtung der Instabilität autokratischer Regime von hoher Relevanz sind interne Akteurskonstellationen. In der Regel kommen eine starke Personalisierung des Systems und eine fehlende Opposition dem Erhalt eines autoritären Regimes entgegen. Umgekehrt sind es gerade Auseinandersetzungen in den Eliten des Regimes, welche zur Ausbildung einer Gegenmacht führen und damit den Grundstock eines Systemzusammenbruchs legen. So wird vermutet, dass der reale Zusammenbruch eines autokratischen Regimes – ob es in eine Demokratie oder in einen anderen autoritären Typus mündet – hochgradig von der Ausbildung alternativer Machtzirkel und von Opposition sowie fehlender Kooperation mit den einheimischen Wirtschaftseliten abhängig ist. Entsprechend ist es das Ziel autokratischer Herrscher, solche Gruppen der Gegenmacht zu verhindern bzw. über Klientelismus in das System einzubinden.<sup>24</sup>

Bereits aus dem Verweis auf die Kooperation mit den Wirtschaftseliten wird deutlich, dass ökonomische Effektivität einer der wichtigsten Stabilitätsfaktoren für autokratische Regime darstellt. Wiederholt wurde bei der Betrachtung autoritärer Regime Ressourcenreichtum als Faktor für ihr Überleben ausgemacht, schafft dies doch die Möglichkeit für ein Land, eine gewisse Autonomie zu erlangen.<sup>25</sup> Zudem ermöglicht ökonomischer Erfolg es dem jeweiligen Regime, die Bedürfnisse seiner Bürger zu befriedigen und dadurch bei ihnen ein gewisses Maß an Legitimität zu erzeugen.<sup>26</sup> Dies gilt für Autokratien wie für demokrati-

22 Dies ist z. B. dann der Fall, wenn die Regime auf Entwicklungshilfe angewiesen sind. So ist es nicht überraschend, wenn Nathan Jensen/Leonard Wantchekon, *Resource Wealth and Political Regimes in Africa*. In: *Comparative Political Studies*, 37 (2004), S. 816–841, empirisch einen deutlichen positiven Effekt bei einer entsprechenden Konstellation bestimmen konnten. Vgl. auch Gero Erdmann/Marianne Kneuer (Hg.), *Externe Faktoren der Demokratisierung*, Baden-Baden 2009.

23 Hier sei nur auf direkte Grenzkonflikte, benachbarte Großmächte oder auch politisch-ideologische „Leitstaaten“ verwiesen. Zum Letzten siehe Samuel Huntington, *The Clash of Civilizations*, New York 1996.

24 Linz (Autoritäre und totalitäre Regime, S. 121–125) bezeichnet den Idealtyp dieser Richtung als sultanistisch.

25 Siehe Benjamin Smith, *Oil Wealth and Regime Survival in the Developing World, 1960–1999*. In: *American Journal of Political Science*, 48 (2004), S. 232–246.

sche Systeme. Seymour Martin Lipset sieht ein Zusammenspiel aus Effektivität und Legitimität, wobei er sowohl ökonomische als auch politische Effektivität in seine Überlegungen einbezieht.<sup>27</sup> Die bedeutsame kulturalistische Erweiterung eines reinen ökonomischen Erklärungsansatzes ist dabei, dass 1. Legitimität (und nicht pure Effektivität) der Zentralfaktor für die Stabilität eines politischen Systems ist, 2. eine subjektive Deutung der objektiven Effektivität für das Wirkungsmodell notwendig ist und 3. die Legitimität eine höhere Persistenz besitzt als die kurzlebige Effektivität. In der Regel setzt die Genese von Legitimität eine längerfristige Erfolgsgeschichte des Regimes voraus.<sup>28</sup> Dieses muss über einen, nicht genau bestimmbar, Zeitraum politisch wie auch ökonomisch effektiv sein, um bei den Bürgern das Vertrauen in die grundsätzliche Funktionstüchtigkeit des politischen Systems zu erzeugen. Ist dies gelungen, dann können auch (kurze) Krisenphasen ausgehalten werden. Eine rein auf Effektivität basierende Herrschaft ist folglich, im Gegensatz zu einem System, das in der Bevölkerung auf Legitimität zählen kann, nur in engen zeitlichen Grenzen in der Lage sozioökonomische oder politische Krisen zu überstehen.<sup>29</sup>

Selbst wenn Legitimität nicht allein aus dem sozioökonomischen Erfolg resultieren muss, findet sich in der politischen Kulturforschung amerikanischer Prägung ein doch recht klar erkennbares modernisierungstheoretisches Verständnis, das im Wesentlichen für die Annahme eines quasi-evolutionären Verlaufes der Demokratisierung verantwortlich ist. Die Basisannahmen sind, dass der sozioökonomische Fortschritt die Demokratisierung (wie auch viele andere Prozesse wie Urbanisierung, Säkularisierung und Rationalisierung) vorantreibt und dass stetige Gewinne an Wohlfahrt stattfinden. Davon abgesehen, dass dieser Prozess offensichtlich nicht überall in gleicher Weise und in gleichem Tempo verläuft, fehlte lange Zeit die Verknüpfung zwischen den beiden Makroprozessen sozioökonomische Modernisierung und Demokratisierung.

In neueren Schriften arbeiteten Christian Welzel und Ronald Inglehart eine mögliche kausale Verbindung zwischen Modernisierung und Demokratisierung heraus: Ihr Ergebnis ist, dass sich die mit der Modernisierung ausbreitenden

26 Vgl. Jensen/Wantchekon, *Resource Wealth*, S. 825–837.

27 Als politische Effektivität wird die Bereitstellung von Partizipationsmöglichkeiten oder aber auch die Vermeidung politischer Korruption oder von Klientelismus angesehen. Vgl. Lipset, *Political Man*.

28 Zu einer expliziteren Auseinandersetzung mit der politischen Unterstützung auch autokratischer Regime siehe Gert Pickel, *Benötigen auch autoritäre Regime politische Unterstützung?* Arbeitspapier anlässlich des Autorenworkshops „Autoritarismus Reloaded“, 12. Juni 2009 im „Haus auf der Alb“ in Bad Urach.

29 Lipset versteht Effektivität nicht als rein sozioökonomische oder politische Gegebenheiten: Ähnlich wie die Legitimität handelt es sich um eine Beurteilungsressource. Die Einschätzung der Effektivität eines Systems und nicht dessen reale Leistungsfähigkeit ist für die Ausbildung oder den Abbau von Legitimität verantwortlich. Allerdings besteht zwischen der objektiven Effektivität und ihrer Wahrnehmung üblicherweise eine hohe Korrespondenz. Diese kann jedoch durch die bestehenden Ausgangslagen oder aber Vergleiche zu anderen Bevölkerungen oder Bevölkerungsgruppen modifiziert werden.

Wünsche nach Emanzipation und Freiheit als zentrale Triebkräfte der Demokratisierung durchsetzen.<sup>30</sup> Sie sehen dieses als „human empowerment“ bezeichnete Schwungrad der Demokratisierung dabei als Folge der durch sozioökonomischen Fortschritt gewonnenen Möglichkeiten der Bürger.<sup>31</sup> Gelingt es, materielle Nöte zu befriedigen, treten diese weiteren Wünsche und Forderungen nach Freiheit und Emanzipation an den Tag. Damit setzen sie auf eine kulturelle Komponente als den Kernfaktor der Erklärung politisch-systemischer Entwicklungen, ohne die Ansprüche der Modernisierungstheorie aufzugeben, und betonen die Wechselwirkungen zwischen sozioökonomischem Fortschritt und normativer Bindung der Gesellschaft. Diese Überlegungen implizieren auch, dass das von den westlichen Demokratien erreichte hohe Wohlfahrtsniveau aufgrund seiner Vorbild- und Anreizfunktion ein Hauptelement für ihren Erfolg als „Fluchtpunkt“ des Wandels autoritärer Regime hin zur Demokratie darstellt. Es verbinden sich also strukturelle und kulturelle Prozesse. Somit kann sozioökonomische Modernisierung abhängig vom Regimetyp stabilisierend wie auch destabilisierend wirken.

Diese Verbindung von Demokratisierung mit politischer Kultur öffnet den Weg zur Bestimmung zeitlich variabler Entwicklungen. Kann die Legitimität in den Bevölkerungen für Demokratisierung sowohl hemmend als auch beschleunigend wirken, sind für den Ablauf der Wandlungsprozesse Pfadabhängigkeiten der Entwicklungen genauso wie der Demokratisierung gegenläufige Prozesse, die aus Modernisierungsverlusten, aber auch aus kulturellen Abwehrbewegungen resultieren können, zu berücksichtigen. Ähnlich wie Huntington verweisen Inglehart und Welzel an dieser Stelle auf für Demokratisierung günstige oder ungünstige kulturelle Rahmenbedingungen. Dabei ermitteln sie – wie Huntington – die historisch-kulturelle Kraft der Religion als einen zentralen Einflussfaktor.<sup>32</sup> Bei Huntington ist es insbesondere die ideologisch-identitätsbildende Kraft der Ablehnung westlicher Wertemuster, die eine Durchsetzung von (westlich geprägten) Modernisierungsprozessen im Zuge der Globalisierung in bestimmten Kulturkreisen verhindert. Zwar relativiert Jonathan Fox diese Ergebnisse hinsichtlich der Wirksamkeit der Kulturkreistheorie Huntingtons. Auf Basis einer breiten Zahl an empirischen Analysen kommt allerdings auch er zu dem Schluss, dass die religiös-kulturelle Prägung einen maßgeblichen Anteil an der Genese von Konflikten und antidemokratischen Haltungen besitzt.<sup>33</sup> Und hier finden sich nun wichtige alternative Legitimitätsressourcen auch für autori-

30 Vgl. Ronald Inglehart/Christian Welzel, *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*, Cambridge 2005; Christian Welzel, *Fluchtpunkt Humanentwicklung*, Wiesbaden 2003.

31 Vgl. Christian Welzel/Ronald Inglehart, *The Role of Ordinary People in Democratization*. In: *Journal of Democracy*, 19 (2008), S. 126–140.

32 Entscheidend ist die Verteidigung der eigenen kulturellen Identität gegenüber dem „westlichen“ Werteimperialismus. Vgl. Huntington, *Clash of Civilizations*.

33 Vgl. Jonathan Fox, *Bringing Religion into International Relations*, London 2004. Den Effekt der Religion sieht Fox in der Verstärkung von ethnischen Konflikten, die er als Kern für internationale Konflikte identifiziert.

täre Regime, stellt doch die Betonung einer eigenen kulturellen Identität ein wirkmächtiges Mobilisierungskriterium für die Bevölkerung dar.

### III. „Rollback“ der Autokratien oder Demokratien?

#### 1. Doch ein Generaltrend zur Demokratisierung?

Bereits eingangs wurde auf die Kritik an der modernisierungstheoretischen Annahme einer kontinuierlichen Demokratisierung eingegangen. Aus Sicht der Kritiker scheint sich in der heutigen Demokratieforschung mehrheitlich die implizite Annahme durchgesetzt zu haben, dass sich eigentlich alle politischen Systeme auf kurz oder lang im Rahmen der voranschreitenden Modernisierung auf den Fluchtpunkt Demokratie zubewegen. Ihr Problem: Dieses Bild werde von einem „democracy bias“ geprägt und entspreche nicht mehr den aktuellen Realitäten, die eher auf eine gegenläufige Tendenz verwiesen. So beklagt Arch Puddington, immerhin Hauptverantwortlicher der Freiheitsmessung von Freedom House, bei Betrachtung der neuesten Ergebnisse seines Surveys das dritte Jahr des Freiheitsverfalls.<sup>34</sup> Eine zusammengefasste Überblicksbetrachtung (Abb. 1) scheint aber eher den Annahmen einer weiter voranschreitenden Demokratisierung als der eines „democratic rollbacks“ zu folgen.<sup>35</sup>

So hat sich die Zahl der freien Staaten im Zeitraum von 1972 bis 2008 von 30 Prozent auf 46 erhöht, und für die Kategorie „elektorale Demokratien“ stellt Freedom House sogar ein Anwachsen von 69 Ländern im Jahr 1989 auf 119 Länder im Jahr 2009 fest.<sup>36</sup> Auch das stärker auf die institutionelle Seite der Demokratie ausgerichtete Messinstrument von Polity kommt bei alternativen (hier nicht präsentierten) Berechnungen zu einer vergleichbaren Steigerung der Demokratien.<sup>37</sup> Aus dieser Sicht scheinen sich die hoffnungsvollen Annahmen modernisierungstheoretisch ausgerichteter Demokratisierungstheorie – zumin-

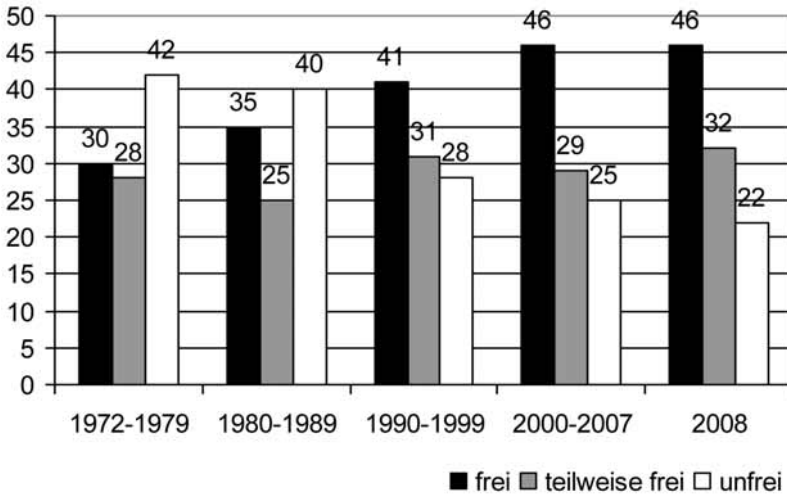
34 Vgl. Puddington, A Third Year of Decline, S. 93.

35 Trotz berechtigter Kritik kann hier auf etablierte Instrumente der Demokratiemessung zurückgegriffen werden, liefern sie doch Hinweise auf die Demokratieentwicklung im Zeitvergleich, welche man zur Abbildung von Stabilität oder Instabilität benötigt. Zum Vorgehen der jeweiligen Messung sowie Stärken und Schwächen der Verfahren vgl. zusammenfassend Susanne Pickel/Gert Pickel, Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, insbesondere S. 197–198 bzw. Müller/Pickel, Wie lässt sich Demokratie am besten messen, S. 532–538.

36 Wobei zwischenzeitlich 2004 sogar 123 Länder in diesen Zustand eingestuft wurden. Der danach erfolgte geringfügige Rückgang ist angesichts der üblichen Schwankungen nicht als Dauerumkehrung zu interpretieren, sondern stellt mit Blick auf die langfristigen Entwicklungstendenzen eher ein temporäres Phänomen dar.

37 Diese wird zudem von den rein objektiven Messungen des „Index of Democratisation“ von Tatu Vanhanen gestützt, der ebenfalls einen massiven Zuwachs an partizipativen Demokratien im Verlauf des letzten Jahrhunderts ausmachte. Vgl. Tatu Vanhanen, A

Abb. 1: Entwicklungstrends zur Demokratie nach Freedom House



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der kumulierten Daten von Freedom House ([www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)); abgebildet sind die Anteilswerte der Kategorien in Prozent aller politischen Regime; Anteile sind jeweils die Periodensummenwerte der Zustände in diesem Zeitraum; Werte 2008 aus Puddington, *A Third Year of Decline*, S. 195. Die Verwendung unterschiedlicher Zeiträume ist aufgrund der Konzentration auf die zusammenfassende Tendaussage unproblematisch.

dest langfristig – zu erfüllen und der Anteil der unfreien Staaten hat sich seit 1972 fast halbiert. Allerdings kann dieser Befund nicht als Beweis für einen weiteren kontinuierlichen Siegeszug der Demokratie dienen. So bewegen sich zwar Länder unter bestimmten Rahmenbedingungen in Richtung Demokratie, andere Länder bleiben aber langfristig autokratisch. So finden wir auch in den Einordnungen von Freedom House noch 42 Länder, die 2008 als nicht frei klassifiziert werden. Zusätzlich stellt sich die Frage, inwieweit man die (immerhin 62) Länder, die zu diesem Zeitpunkt als „teilweise frei“ eingestuft werden, nicht auch den autoritären Regimen zurechnen muss, weisen sie doch teils erhebliche Einschränkungen in Kategorien auf, die man für eine Einschätzung als Demokratie als maßgeblich erachtet (z. B. Partizipationschancen für die Bürger, Gewährleistung von Freiheitsrechten).<sup>38</sup>

New Dataset Compared with Alternative Measurements of Democracy. In: Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Christian Welzel (Hg.), *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2000, S. 195.

38 In diese Richtung argumentiert Richard Snyder, *Beyond Electoral Authoritarianism*, S. 1.

Dabei handelt es sich zudem nicht um eine rein lineare Entwicklung von Autokratie zu Demokratie, nach der Länder, die einmal den Status Demokratie erreicht haben, dort für die Zukunft verbleiben. Neben den Staaten, die relativ konstant autokratisch sind, finden sich Länder, die zeitweise oder dauerhaft Rückschritte in ihrer Demokratiequalität hinnehmen müssen.<sup>39</sup> Die Verluste können sich in kleineren Mängeln demokratischer Qualität äußern oder zu einem Wechsel des Regimetyps führen. Diese Dynamik zeigt Abbildung 2, in der seit Beginn der Demokratisierungen neben Transitionen zur Demokratie auch Zusammenbrüche von Demokratien und der Verbleib einer nicht geringen Zahl an Staaten in autoritären Zuständen zu konstatieren sind. Deutlich wird auch, dass Demokratisierung weniger kontinuierlich als vielmehr in Wellenbewegungen, die gelegentlich abflauen (1958–1973; 1995–2008) oder aber in einer „Rückwelle zur Autokratie“ münden (siehe z. B. 1923–1936), verläuft. Es herrscht eine wesentlich größere Fluktuation zwischen den Regimezuständen vor als bei einer Betrachtung des Istzustandes vermutet werden kann.

Tabelle 1: Wellen der Demokratisierung (Jahresendsummen)

	Zeitraum	Anzahl der Transitionen zur Demokratie	Anzahl der Zusammenbrüche	N	Anteil der Zusammenbrüche
1. Welle	1829–1922	36	4	64	10 %
Moderate Phase		15	3	56	17 %
Intensive Phase		21	1	64	4 %
Gegenwelle	1923–1936	4	15	66	79 %
Stabilitätsphase	1937–1943	0	0	64	0 %
2. Welle	1944–1957	28	8	88	22 %
Fluktuation	1958–1973	27	24	144	47 %
3. Welle	1974–2004	96	24	192	20 %
Moderate Phase	1974–1989	40	12	167	23 %
Intensive Phase	1990–1994	41	3	191	7 %
Moderate Stabilisierung	1995–2008	20	12	193	38 %

Quelle: Siaroff, Comparing Political Regimes, S. 239 mit eigenen Ergänzungen; Anteil der Zusammenbrüche = Anteil der Zusammenbrüche in Relation allen Transitionen in Prozent.

Allerdings gibt Tabelle 1 auch Einblick in einen weiteren langfristigen Trend: Über die Zeit gesehen ist allen „Gegenwellen“ zum Trotz, eine Zunahme der Demokratien festzustellen. So ist der Saldo zwischen Demokratisierung und Zuwachs an Autokratien über mittlere Zeiträume seit 1945 nahezu immer posi-

39 Diese Entwicklung, wird unter dem Begriff der „demokratischen Regression“ diskutiert. Vgl. Svobik, Authoritarian Reversals.

tiv ausgefallen. Damit wird deutlich, dass Aussagen anhand von Kurzzeitbetrachtungen, wie sie gerade in jüngster Zeit geäußert wurden, noch nicht als Hinweis auf eine generelle Trendwende zu verstehen sind. Erst bei längerfristigen und umfassenden Entwicklungen hin zu Autokratien kann von einem echten „democratic rollback“ gesprochen werden. Dieser zeichnet sich nach den obigen Daten aber derzeit noch nicht ab.

Nun ist dieser Blick wieder stark auf Demokratien fokussiert und könnte mit der Kritik eines „democracy bias“ belegt werden. Entsprechend ist es hilfreich, den homogenen Block der Autokratien zu zergliedern. Axel Hadenius und Jan Teorell nehmen bei ihrer Betrachtung feinere Differenzierungen vor und schließen – im Gegensatz zu Freedom House – hybride Regime als Abarten autoritärer Regime mit ein.<sup>40</sup> Unter Rückgriff auf Überlegungen von Barbara Geddes – die eine Unterscheidung in Parteienregime, Militärregime und personalistische Regime vornimmt – und Juan Linz unterscheiden sie die autoritären Regime nach dem zentralen Machtmechanismus und kommen zu folgend Typen: Monarchien, Militärregime und Wahlregime.<sup>41</sup> In der Folge spalten sie die Gruppe der Wahlregime in Keinparteiregime, Einparteiregime und beschränkte Mehrparteienregime auf. Die nochmals in einen Subtyp mit dominanter oder ohne dominante Partei aufgefächerten beschränkten Mehrparteienregime stellen dabei die wichtigste Kategorie dar. Damit kommen sie auf der übergeordneten Ebene zu fünf Haupttypen autoritärer Regime, die neben der Demokratie stehen.<sup>42</sup>

Betrachtet man diese Klassifikation über den Zeitverlauf, so wird deutlich, dass sich auch der vorherrschende Typus autoritärer Regime in den letzten Jahrzehnten maßgeblich gewandelt hat: Dominierten in den 1970er Jahren noch Militärregime und Einparteiregime, so fand spätestens im Umfeld der dritten Demokratisierungswelle um 1990 eine Verschiebung der autoritären Regimetyphen hin zu beschränkten Mehrparteiensystemen statt.<sup>43</sup> Die in den 1970er Jahren noch relativ häufigen Militärregime und Einparteiregime haben mit dem Umbruch Beginn der 1990er Jahre erheblich an Bedeutung eingebüßt. Relativ konstant blieb dagegen die – allerdings nicht besonders große – Zahl der Monarchien. Sie besitzen allem Anschein nach die höchste Resistenz gegenüber Veränderungen. Bezeichnend ist, dass sie mittlerweile die zweitgrößte Gruppe von autoritären Regimen nach diesem Klassifikationsmuster darstellen, was aber

40 Vgl. Axel Hadenius/Jan Teorell, *Authoritarian Regimes*; dies., *Pathways from Authoritarianism*.

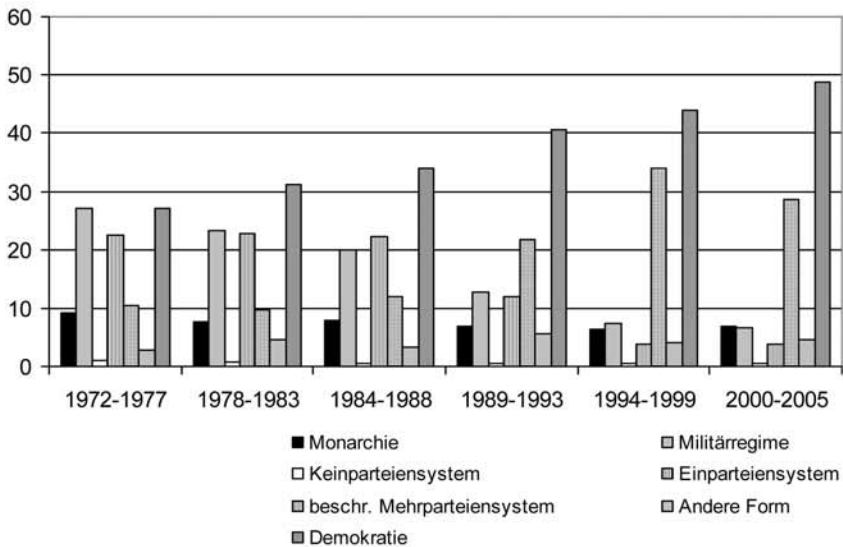
41 Vgl. ebd., *Authoritarian Regimes*, S. 5; dies., *Pathways from Authoritarianism*, S. 145–147.

42 In ihrer Typologie finden sich verschiedene Kombinationen der Regimezuordnungen wieder, von denen die häufigsten Militärregime mit elektoralen Elementen und dominante Mehrparteienregime sind. Die Kategorie „andere Form“ umfasst Länder, die zu einzelnen Erhebungszeitpunkten Theokratien waren oder sich im Bürgerkriegszustand bzw. unter Besetzung durch eine fremde Macht befanden.

43 Der Typus des Keinparteienregimes ist empirisch irrelevant. Nur Haiti (1973–1978) und die Malediven (1975–2003), wo Einzelkandidaten ohne Parteiorganisation zu Wahlen antreten, fallen in diese Kategorie.



Abb. 2: Die Verbreitung von Demokratie und Autoritarismus im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage des Datensatzes zu autoritären Regimen von Hadenius/Teorell; Kodierung und Klassifikationsschema siehe (Hadenius/Teorell, *Authoritarian Regimes*, S. 25-33); Die Zuordnung zu einem Regimetyp erfolgt auf der Basis des zentralen Merkmals des betrachteten Systems, dargestellt sind Prozentanteile an allen untersuchten Ländern in den Zeitabschnitten.

eher auf den rapiden Bedeutungsverlust aller anderen autoritären Regimeformen jenseits der beschränkten Mehrparteienregime als auf die Erfolgsgeschichte der Monarchien hinweist.

Es zeichnen sich auch unterschiedliche regionale Muster ab: Finden sich die Militärregime verstärkt im lateinamerikanischen Raum, so hatten die Einpartei-regime ihren Schwerpunkt in Osteuropa. Damit wird der Rückgang dieses Regimetyps um 1990 im Umfeld der dritten Welle der Transition als stark regional geprägtes Phänomen erkennbar. Mithin scheinen regionale Pfadabhängigkeiten zu bestehen, die sowohl bestimmte autoritäre Regimetypen begünstigen als auch regional gebündelte bzw. zwischen Ländern divergierende Entwicklungen zur Folge haben. Ist die Involvierung des Militärs in Lateinamerika ein gängiges und teilweise für kurze Zeit akzeptiertes Muster, spielte dieses in den osteuropäischen Einparteieregimen nur eine untergeordnete Rolle.

Auch die Ergebnisse von Hadenius und Teorell bestätigen den langfristigen Generaltrend in Richtung Demokratie. Trotz moderater Entwicklungsphasen und nicht zu leugnender demokratischer Regressionen bleibt der Demokratisierungstrend langfristig ungebrochen. Durchgehend hat sich die Zahl der Demokratien am Ende größerer Perioden erhöht. Da ihre Klassifikation zu weiten Teilen auf den Daten von Freedom House beruht, verwundert dies kaum. Es findet

sich aber eine zusätzliche Argumentationslinie – die der Zunahme beschränkter Mehrparteienregime. So ist diese Form autoritärer Regime typisch für hybride Regime und politische Systeme, die sich in einer Demokratisierungsbewegung befinden. Da dieser autoritäre Regimetyp allerdings auch als Rückfallmöglichkeit für instabile demokratische Systeme dienen kann, muss eine entsprechende Deutung mit Vorsicht erfolgen. So können Strategien der Einführung von Wahlen und Parteien auch gerade dem Zweck der Herrschaftslegitimation und der Integration von potentiellen Gegenseitigen dienen.<sup>44</sup> Alle Betrachtungen verstärken aber den Eindruck, dass über die Zeit gesehen so etwas wie ein Fluchtpunkt Demokratie zu existieren scheint. Diese Entwicklung ist zwar nicht zwangsläufig auf Modernisierungseffekte zurückzuführen, gibt aber einen Hinweis auf diese. Es ist kaum anzunehmen, dass alternative Erklärungen ein ähnliches Verlaufsmuster mit sich bringen dürften. Von Relevanz ist sicherlich die Vorbildfunktion der wirtschaftlich erfolgreichen Demokratien. Bei aller Vorsicht vor einem „democracy bias“ zeichnet sich ein empirisch stabiler Demokratisierungstrend ab, der allerdings von deutlichen Veränderungsbewegungen innerhalb der autoritären Regime begleitet wird und somit zu einer Veränderung der politischen Landschaft in der Gegenwart führt.

## 2. Regimestabilität autoritärer Regime

Wie ist es nun um die Stabilität der betrachteten Regime bestellt? Gaben die bislang dargestellten Ergebnisse Hinweise auf den Bestandserhalt eines Regimetyps aus der „Vogelperspektive“, so ist der Aspekt der Dauerhaftigkeit noch nicht geklärt. Wie Abbildung 3 zeigt, ist die Überlebensdauer von beschränkten Mehrparteien- und Militärregimen die geringste von allen autokratischen Regimetypen. Hadenius und Teorell errechnen für Militärregime elf Jahre im Durchschnitt, Geddes kommt mit anderen Referenzzeiträumen sogar nur auf ca. neun Jahre und verweist darauf, dass nur wenige Militärregime Zeiträume von fünf Jahren überstehen.<sup>45</sup> In der Regel fehlt ihnen der Rückhalt in der Bevölkerung, was eine langfristige Herrschaft angeht. Deswegen neigen sie dazu, die Macht nach einem begrenzten (Übergangs-)Zeitraum wieder abzugeben, oftmals an demokratische Regimeformen oder an Einparteiregime, am häufigsten aber an beschränkte Mehrparteienregime (siehe Tabelle 2; zu 45 Prozent).<sup>46</sup>

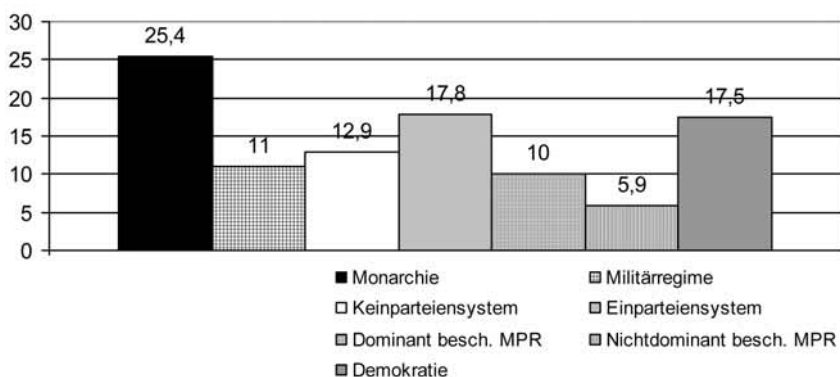
<sup>44</sup> Vgl. Gandhi/Przeworski, *Authoritarian Institutions*.

<sup>45</sup> Vgl. Geddes, *What do we know*, S. 136.

<sup>46</sup> Geddes (*What do we know*, S. 131–140) sieht diesen Zusammenhang zwischen Militärregimen und Demokratien insbesondere in dem Hang beider Regimetypen zu Verhandlungslösungen begründet. Zudem stellen militärische Eliten ihre Position und die Einheit des Militärs über potentielle politische Ämter. Übergangsberechnungen zeigen allerdings, dass es eine Zwischenphase benötigt: So gehen mehr als 40 Prozent der Nachfolgeregime von Militärregierungen in beschränkte Mehrparteienregime über, nur ein Fünftel direkt in Demokratien.

Die gesellschaftliche Position der Militärführer bleibt in der Regel auch im Nachfolgesystem ungefährdet und ermöglicht ihnen einen gleitenden Übergang zwischen Regimetypen ohne Gefährdung des eigenen Lebens, ja sogar der beruflichen und gesellschaftlichen Stellung. Dabei behalten sich die Militärs das Recht vor, in instabilen Phasen wieder in die politische Gestaltung einzugreifen, und schmücken sich nicht selten mit dem Titel der Schutzpatrone der Demokratie.

Abb. 3: Überlebensdauer autoritärer Regime in Jahren



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Hadenius/Teorell, Pathways from Authoritarianism. In: Journal of Democracy, 18 (2007), S. 143–156, hier 150 und Hadenius/Teorell, Authoritarian Regimes, S. 14; Überlebensdauer zurückgerechnet auf 1960; MPR = Mehrparteienregime.

Laut den Daten von Hadenius und Teorell wechseln Demokratien außer in beschränkte Mehrparteienregime zu einem Viertel wieder in Militärregime über. Die herrschenden politischen Eliten in Autokratien streben nicht allein nach dem Erhalt von Macht um ihrer selbst und der damit verbundenen Pfründe willen, sondern der Machterhalt dient auch dem Schutz vor persönlichen Begleitfolgen eines Umbruchs. So wollen sie der Gefahr einer Abstrafung nach einem – möglicherweise durch externe Schocks (ökonomische Krise, internationaler Druck) ausgelöst – Machtverlust entgehen. Je repressiver ein politisches Regime gehandelt hat, desto größer die Furcht vor Sanktionen und desto energischer die Gegenwehr. Nicht umsonst bestimmt viele autoritäre Regime ein auf Personen und Familienbünde ausgerichteter umfangreicher Klientelismus und dient als Stabilitäts- und Schutzstrategie.<sup>47</sup> Die Opposition wird ausgeschaltet und deren politische Elite, wenn nicht sowieso mit der Spitze des Systems verwandt, korruptiert und abhängig gemacht, in die Regimeeliten kooptiert.

<sup>47</sup> So ist die Vermeidung von Gewalt oft auch ein Ziel von Autokratien, ist diese doch kostenintensiv.

Aufgrund dieser engen Verquickung mit dem Regime liegt auch den Beschäftigten in der autokratischen Bürokratie der Regimeerhalt am Herzen, profitieren sie doch davon und würden bei dessen Zusammenbruch ihre Positionen verlieren. Fazit: Die größte Gefahr für herrschende Autokraten stellen Akteure in den eigenen Machteliten dar. So werden die meisten Monarchen von Familienmitgliedern, die meisten Militärs von anderen Militärs und die meisten Parteichefs von anderen Angehörigen der Parteispitze verdrängt.<sup>48</sup> Entsprechend streben gerade Führer in Parteienregimen und Monarchien Verankerungen legaler Übergangsmodi an, die dann auch in der Bevölkerung auf Legitimität zurückgreifen können.

Tabelle 2: Raster der Regimeübergänge (Übergangsraten von früherem zu späterem Regimetyp)

	An Prozenten des aktuellen Regimetyps						An Prozenten des früheren Regimetyps				
	D	MPR	EPR	Mil	Mon		D	MPR	EPR	Mil	Mon
Demokratie		75	8	17	0			73,5	13	28	0
Mehrparteienregime	32		37	31	0		72		60	45	0
Einparteienregime	0	31		69	0		0	7		27	100
Militärregime	23	39	31		7		28	19	27		0
Monarchie	0	100	0	0			0	0,5	0	0	

Quelle: Eigene Berechnungen unter Ausschluss konstanter Regimezustände im Zeitraum 1972 bis 2005; einzelne Übergänge in Prozent; D = Demokratie; MPR = beschränktes Mehrparteienregime; EPR = Einparteiregime; Mil = Militärregime; Mon = Monarchie.

Der geordnete Wechsel zu beschränkten Mehrparteienregimen und zu Demokratien eröffnet herrschenden Eliten oft die Möglichkeit, ohne Gesichtsmanchmal sogar ohne vollständigen Machtverlust zu überleben. Diese Ausrichtung auf das eigene persönliche Wohlbefinden verbunden mit einer Exit-Option für die Eliten nach dem Umbruch erleichtert den Übergang von autoritären Regimeformen in Demokratien oder liberalere Regime. Hierbei handelt es sich um eine typische Konstellation für beschränkte Mehrparteienregime und Militärregime. Und selbst frühere Einparteiregime profitieren von einem Übergang hin zur Demokratie, wo die frühere Einheitspartei dann möglicherweise sogar

48 Vgl. Gandhi/Przeworski, *Authoritarian Institutions*, S. 1288; Jason Brownlee, ... and yet they persist: Explaining Survival and Transition in Neopatrimonial Regimes. In: *Studies in Comparative International Development*, 3 (2002), S. 35–63.

eine von mehreren politischen Kräften darstellen kann, die zudem den Umgang mit der autoritären Vergangenheit mit regelt (siehe Osteuropa). Entsprechend ist es wenig verwunderlich, wenn drei von fünf Einparteieregimen sich in Mehrparteienregime wandeln. In stärker personalisierten oder gar sultanistischen Regimen dagegen ist ein Zusammenbruch häufig mit rigiden personellen Konsequenzen für die herrschende Klasse und ihre Nomenklatura verbunden. Dies bedingt eine kompromisslose Verteidigung des Herrschaftssystems. Entsprechend erklärt sich auch die relativ lange Überlebensdauer von Einparteieregimen zum Teil aus einer geringen Sensibilität gegenüber Austauschproblemen des Führungspersonals, aber auch ihrer geringen Abhängigkeit von konkreten Führungspersonen – solange keine Personalisierung stattgefunden hat.<sup>49</sup>

Auch die beschränkten Mehrparteienregime besitzen mit ca. acht Jahren eine limitierte Überlebensdauer, was sich daraus erklären lässt, dass es sich häufig bereits um Systeme in der Transformation zur Demokratie handelt: Immerhin drei Viertel von ihnen gehen in der Folge in Demokratien über. Viele der Mehrparteienregime werden in der Forschungsliteratur unter dem Typus hybrider Regime oder defekter Demokratien behandelt.<sup>50</sup> Besonders gilt dies für Mehrparteienregime ohne eine dominante Partei. Dort sind nicht nur Aushandlungsprozesse gefragt, die mittelfristig auf demokratischen Ausgleich zusteuern. In diesen Übergangsregimen ist der Keim des Zusammenbruchs bereits in der, wenn auch beschränkten, Parteienvielfalt angelegt. Zum einen bedingen die bereits gewährten Freiheiten und die so entstehende Konkurrenzsituation die Forderung nach neuen Freiheiten, zum anderen sehen verschiedene politische Gruppierungen sich in der Demokratie besser vor dem potentiellen Aufkommen einer dominanten Partei geschützt. Die Folge ist entweder eine Entwicklung hin zur Demokratie oder aber eine Verstärkung der Restriktionen seitens der Herrschenden mit einem Rückfall in eine den Parteienpluralismus ausschließende Regimeform.

Die Daten zeigen, dass die Regimetypen hinsichtlich des „timings“ ihrer Veränderung variabel sind. So ist es oft nicht die Frage, ob sich ein Regime wandelt, sondern wohin und in welchem Zeitraum. Dabei ist die vorgenommene Betrachtung einzuschränken: Aufgrund der zeitlichen Limitierung der Daten (unterschiedliche Berechnungszeiträume) und der Verschiebung der Regimetypen ist eine sichere Aussage nicht möglich, und man muss – trotz aller Plausibilität – Vorsicht hinsichtlich der Interpretation der Ergebnisse walten lassen. So haben

49 Geddes (What do we know, S. 132–133) ermittelt für Einparteieregime bei ihrer Rückrechnung bis 1946 eine Überlebensdauer von bis zu 39 Jahren, welche sie als die langlebigsten Regime auszeichnet. Allerdings ist anzumerken, dass viele dieser Regime mittlerweile Demokratisierungsentwicklungen erlegen sind.

50 Wobei die Betrachtungsweise „defekte Demokratie“ eine positive Deutung darstellt, die eine demokratische Zukunftsentwicklung fest mit einplant. Gegen diese Bezeichnung verwehren sich immer mehr Autoren und fassen diese Länder als „elektorale autoritäre Regime“ auf, da sie vielfach die Grundbedingungen für Demokratie nicht erfüllen. Vgl. Snyder, Beyond Electoral Authoritarianism, S. 1.

Monarchien aufgrund ihres frühen Entstehungspunktes größere Chancen, lange Bestandsdauern zu erreichen, als der eher neuere Typus beschränkter Mehrparteienregime. Dafür sind auch die relativ wenigen Beteiligungen von Monarchien an Regimewechsels in Tabelle 2 ein Indiz. Vielleicht zeigt die Zukunft, dass der Typ beschränkter Mehrparteienregime stabiler ist, als nach den bisherigen Analysen angenommen, haben die ihn repräsentierenden Länder erst einmal die Möglichkeit, „Bestandjahre zu sammeln“.

#### IV. Erklärungsfaktoren der Regimestabilität – Modernisierung und/oder Ideologie

Was sind nun die Gründe für die Wandlungsprozesse und die daraus ableitbare Instabilität vieler Regime und welche Pfadabhängigkeiten lassen sich daraus ableiten? Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt diskutiert, kommt den herrschenden Eliten und den bestehenden Akteurskonstellationen eine hohe Bedeutung für die Regimestabilität bzw. Regimeinstabilität zu. Ohne Gegeneliten bricht ein Regime zusammen. Die Akteurskonstellationen sind allerdings eine Gelegenheitsstruktur, die einen fehlenden Rückhalt der Autokraten in der Bevölkerung voraussetzt. Solange die Herrschenden noch auf eine intakte Herrschaftslegitimation zurückgreifen können, die seitens der Herrschaftsunterworfenen auf Anerkennung trifft (empirische Legitimität), fällt es anderen Eliten schwer, sich gegen die Herrschenden durchzusetzen. Dabei besitzen allem Anschein nach ideologisch gefestigte Einparteiregime (wie die sozialistischen Systeme in Osteuropa) oder auch Monarchien (die auf die traditionale Legitimität nach Weber zurückgreifen können) Vorteile gegenüber Regimetypen ohne solche Legitimitätsressourcen.<sup>51</sup>

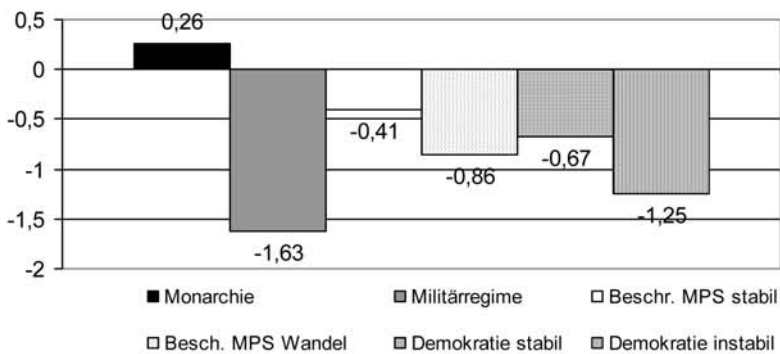
Ohne inhaltlich tiefer gehende Aussagen ableiten zu wollen, bestätigen die Ergebnisse in Abbildung 4 diese Annahmen und stützen Ergebnisse der Untersuchung von Hadenius und Teorell, dass Monarchien wohl eine längere Lebensdauer aus ihrer höheren Legitimität ziehen können, während Militärregime kaum Rückhalt in der Bevölkerung zu genießen scheinen.<sup>52</sup> Letztere unterliegen

51 Die Legitimität bezieht sich in beiden Regimetypen nicht auf eine spezifische Person, wie dies in personalisierten Regimen der Fall ist, und wirft dadurch auch bei deren Tod keine so weitgehenden Schwierigkeiten der Legitimitäts- und somit Herrschaftsübertragung auf wie in anderen Regimetypen. So kann die Ideologie des Einparteiregimes problemlos auf neue politische Eliten übertragen werden.

52 Diese Vermutung ist aufgrund der Restriktionen, die Umfragen in autoritären Regimen ausgesetzt sind, quantitativ-empirisch leider nur schwer zu überprüfen. Zum einen finden in Autokratien bestimmten Typs keine Umfragen statt, zum anderen unterliegen diese hochgradig den Risiken sozialer Erwünschtheit, weiß man doch nicht wie viel der erfahrenen Information der Interviewer an Kontrolleure des herrschenden Systems weitergibt. Die Konsequenz ist eine begrenzte Anzahl an Staaten, die das Kriterium Autokratie erfüllen und zu denen aussagekräftige bzw. halbwegs ver-

am schnellsten dem Druck zu Verhandlungslösungen, kommen sie in Effektivitätskrisen. Dabei kommt den Monarchien (wie auch den Einparteieregimen) zugute, dass sie – anders als Militärregime oder personalisierte Regime über geregelte Übergangsordnungen für den Herrschaftswechsel verfügen.<sup>53</sup> Dieser Aspekt bürokratisch gewonnener Legitimität (also Legalität nach Weber) setzt dabei allerdings eine vorherige Anerkennung der Regelung des Übergangsmodus seitens der Bürger voraus. Werden die Maßnahmen des Regimes seitens der Bürger als illegitim eingestuft, so bleibt auch eine institutionalisierte Nachfolgeordnung ohne Legitimität. Gelingt es aber, eine solche geregelte Übergangsordnung für den Herrschaftswechsel zu installieren und diese findet eine Anerkennung seitens der Bürger, hilft dies bei der Generierung neuer empirischer Legitimität für den Nachfolger.

Abb. 4: Subjektive Bewertung des aktuellen politischen Systems und Regimetyp/Wandel



Quelle: Eigene Berechnungen; WVS (World Value Survey) 1998–2000; Regimetypen nach Hadenius/Teorell, Pathways from Authoritarianism und Hadenius/Teorell, Authoritarian Regimes; n = 107; nur jeweils drei Militärregime sowie Monarchien; MPR = Mehrparteienregime; MPR instabil = späterer Wechsel zu Demokratie; Demokratie instabil = Wechsel zu MPR; Bewertung des politischen Systems zwischen +2,5 (sehr gut) und -2,5 (sehr schlecht); Wechselzeitraum ist 2000 auf 2003.

Selbst wenn die geringen Fallzahlen für Monarchien und Militärregime keinen wirklich belastbaren empirischen Beleg für die Stichhaltigkeit dieses Ergebnisses darstellen, besitzt das Ergebnis doch eine gewisse Plausibilität. Es korrespondiert mit den anderen Resultaten: So weisen auch Demokratien, die später in ein autokratisches Stadium wechseln, theoriekonform ungünstigere Zustimmungsraten auf als Demokratien, die nachfolgend stabil bleiben. Nicht anders

trauenswürdige Umfragedaten vorliegen. Zudem beeinträchtigt die Abhängigkeit von Umfragen von selektiven Zeitpunkten die Beantwortung der Frage nach Stabilität oder Instabilität.

53 Vgl. Geddes, What do we know.

sieht dies bei den in der Stichprobe der World Values Surveys häufiger auftretenden beschränkten Mehrparteienregimen aus (n=27): In den Mehrparteienregimen, die zwischen 2000 und 2003 ihren Status hin zur Demokratie wechselten, haben bereits 1999/2000 die Bürger eine höhere Unzufriedenheit mit ihrem Regime geäußert als dies bei den stabilen Vergleichssystemen der Fall war. Selbst wenn man diese methodisch wie auch zeitlich begrenzten Betrachtungen nicht überbewerten sollte, sind sie doch ein Indiz für die Stichhaltigkeit der Annahme einer Relevanz politischer Legitimität für die Regimestabilität, die erst einmal unabhängig vom Regimetyp ist.

Die Legitimität des Regimes in der Bevölkerung scheint also eine gewichtige Stabilitätsressource zu sein. Dies erklärt, warum viele autoritäre Regime versuchen, auf verschiedenstem Wege diese Legitimität zu erreichen. Zwar gelingt es Autokratien auch durch den Einsatz von Repression, Klientelismus und Korruption, ihre Struktur zu wahren. Langfristig ist dieses Vorgehen aber wesentlich riskanter für die Herrschenden, als sich der Zustimmung der Bevölkerung zu versichern. Ein hilfreicher Faktor hierfür kann nun wieder ökonomische (und auch politische) Effektivität sein.

Und tatsächlich scheint wirtschaftliche Prosperität, ganz im Sinne der oftmals nicht besonders geschätzten Modernisierungstheorie, die Entwicklung hin zur Demokratie zu unterstützen – und diese dann in der Folge auch zu stabilisieren. Mit steigendem Wohlstand kommt es signifikant seltener zu Verlusten demokratischer Qualität, obwohl dies aufgrund der zumeist bereits besseren Position auf den Demokratiequalitätsbeurteilungsskalen sogar einfacher wäre (siehe Tabelle 3). Aus der Beobachtung, dass wirtschaftlich prosperierende Staaten eher Demokratien sind, leitet sich auch die Annahme einer kontinuierlich und relativ unaufhaltsam voranschreitenden Demokratisierung ab, begünstigen doch die sozioökonomischen Entwicklungen mit der Schaffung eines angemessenen Wohlfahrtniveaus das Aufkommen von Forderungen nach individueller Freiheit und Selbstverwirklichung – und Letzteres gewähren Demokratien besser als alle anderen Regimetypen.<sup>54</sup>

In den ökonomisch eher ungünstig aufgestellten autokratischen Regimen stehen dagegen Bedürfnisse der materiellen Sicherheit im Zentrum des Denkens der Bürger und befördern oft apolitische oder apathische Haltungen gegenüber Politik. Eine steigende Nachfrage nach Wohlstand und das Vorbild der auf diesem Feld erfolgreichen westlichen Nationen führen allerdings viele Bevölkerungen dazu, genau dieses anzustreben. Damit wirkt sozioökonomische Modernisierung für autokratische Regimetypen in zwei Richtungen: Einerseits wirkt die Vorbildfunktion der wirtschaftlich erfolgreichen Demokratien destabilisierend auf die Autokratien und Wohlfahrtsgewinne ziehen Forderungen nach mehr Freiheit nach sich, andererseits kann Wohlstand und ökonomische Effektivität – dies zeigt Tabelle 3 ebenfalls – auch zur Stabilität eines autokratischen Regimes

54 Vgl. Inglehart/Welzel, Modernization.



beitragen. So verbleiben Regime eher autokratisch, wenn sie ein positiveres Wirtschaftswachstum – ein Indikator für ökonomische Effektivität – aufweisen.

Hier findet sich nun ein Beleg für die Wirksamkeit des Effektivitäts-Legitimitätsmodells von Lipset: Gelingt es autokratischen Herrschern, die ökonomische Effektivität (abzulesen am Wirtschaftswachstum) hochzuhalten, dann ist ihr Überleben wahrscheinlicher. Schaffen sie es dabei aber nicht, einen Modus der Legitimität zu erzeugen, so führen bereits geringe Einbrüche in dieser Effektivität zu einer Regimegefährdung. Diese Abhängigkeit von ökonomischer Effektivität wird oft durch den Druck des internationalen Wirtschaftsfonds noch verstärkt – und von dort werden zumeist demokratische Veränderungen eingefordert. Eine Möglichkeit, diesem Druck zu entgehen, sind eigene Ressourcen, zumeist Bodenschätze, die eine Unabhängigkeit gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft ermöglichen und das Problem der seitens der Bürger eingeforderten ökonomischen Effektivität zu lösen helfen.<sup>55</sup> Damit tragen Bodenschätze maßgeblich zur Stabilität von Autokratien bei.<sup>56</sup> Allerdings gilt auch der Umkehrschluss. Teilweise durch externen Druck herbeigeführte Demokratisierungen können nur dann stabile Demokratien erzeugen, wenn auf überschaubare Zeit sozioökonomischer Erfolg eintritt. Und dieser muss auf die politische Gemeinschaft verteilt werden. Entsprechend sind im Weltvergleich sozioökonomisch weniger erfolgreiche Demokratien oder auch Transitionsregime erheblich gefährdeter als wirtschaftlich Erfolgreiche und zudem durch kurzfristige ökonomische Schocks stärker bedroht. Im Rahmen der Demokratisierung gewonnene Freiheiten und Rechte können dabei als Schutzkorridor der Legitimität wirken, aber eben nur begrenzte Zeit.

Eine andere Möglichkeit dem Modernisierungsdruck zu begegnen, zeigt Samuel Huntington auf: Er verweist auf eine Strategie der Abschottung gegenüber den ökonomisch geprägten Werten der westlichen Welt im Rahmen von Identitätsfindungs- und Abgrenzungsprozessen. Insbesondere der Religion kommt dabei nach dem Verfall der sozialistischen Ideologie eine große Bedeutung zu. Hier wird dem Einfluss der Globalisierung und der damit verbundenen

55 Dies zeigen mittlerweile eine ganze Reihe empirischer Analysen. Zu nennen sei hier nur Jensen/Wantchekon, *Resource Wealth*. Gemeinhin wird dieser Effekt auch als „Ressourcenfluch“ bezeichnet.

56 Autokratien zeichnen sich in der Regel auch durch eine geringe politische Effektivität (Vermeidung von Korruption und Klientelismus, Gewährleistung von Partizipationsrechten) aus, was nach Lipset einen weiteren Faktor für ihren potentiellen Zusammenbruch darstellt. Diese informellen Formen politischer Partizipation werden auch oft als typische Kennzeichen der vorherrschenden politischen Kulturen ausgemacht – und als gegeben und in der (parochialen oder passiven Untertanen-) politischen Kultur als akzeptiert betrachtet. Dies trifft in verstärktem Ausmaß auf sultanistisch und personalistisch ausgerichtete Regime zu, die Klientelismus als Basis ihrer Herrschaft benötigen. Längerfristig untergraben sie allerdings das Vertrauen der Bürger in die Effizienz des Regimes und wirken sich für das System destabilisierend aus. Dies gilt insbesondere für beschränkte Mehrparteienregime, die zusätzlich der Konkurrenz alternativer Anbieter für die Herrschaft ausgesetzt sind.

Diffusion von (westlichen) Werten begegnet.<sup>57</sup> Entsprechend findet sich in der islamischen Welt eine erhöhte Anzahl an Autokratien, versteht sich der Islam doch verstärkt als Gegenmodell zum westlichen (demokratischen) „Kapitalismus“. Die Demokratie stößt auf eine ideologische Ablehnung von Staat und Bevölkerung. Nur vier Prozent der Demokratien kommen aus dem islamischen Kulturkreis, während 42 Prozent aller Militärregime und 78 Prozent der Monarchien dort beheimatet sind.

An dieser Stelle kommt der bereits bei Juan Linz betonte Aspekt der Ideologie zum Tragen. Anders als die für kurzfristige Krisen anfällige Absicherung der Herrschaft durch Effektivität scheint es sich bei der Ideologie um eine Legitimitätsressource zu handeln, die eine wesentlich höhere Stabilität verspricht. Fraglich ist allerdings, ob die bei Linz vorgenommene Begrenzung von Ideologie auf Weltanschauungen sowie deren eindeutige Verbindung mit dem Typus totalitärer Regime für die aktuellen Betrachtungen von Regimen noch ausreichend ist. Eher muss man wohl davon ausgehen, dass jede in der Bevölkerung akzeptierte Legitimitätsressource jenseits der Effektivität einen ideologischen Charakter annimmt, bezieht sie sich auf nicht mehr weiter hinterfragte Normen.<sup>58</sup> Dies betrifft dann nicht nur auf religiöser Legitimation beruhende Regime, sondern auch Länder, die auf andere Ressourcen der Legitimität wie Nationalismus, Ethnozentrismus oder aber geteilte Wertemuster (z. B. Gleichheitsideologien) zurückgreifen.<sup>59</sup> In diesem Verständnis stützt sich auch die Demokratie durch ihren Bezug auf Freiheit, Chancengleichheit und Selbstbestimmung auf eine – anscheinend attraktive – Ideologie, was die hohen Zustimmungswerte von um die 90 Prozent in fast allen europäischen Ländern zum Ideal der Demokratie belegen.

Betrachtet man mit Blick auf diese Überlegungen den Einfluss von Rahmenfaktoren auf Instabilität in Tabelle 3, dann befördern eine Mischung aus fehlender und sinkender ökonomischer wie auch politischer Effektivität eine starke Einbindung des Militärs in die Gesellschaft sowie die Zugehörigkeit zum islamischen Kulturkreis Rückschritte in der Demokratiequalität. Auch eine hohe soziale Ungleichheit im Land trägt zu dessen politischer Instabilität bei. Richtet man seinen Blick aber nur auf die autoritäre Stabilität und dort auf deren Stabilität, dann wird die tragende Kraft des religiösen Islams genauso deutlich, wie, dass ökonomischer Erfolg auch für Autokratien als ein Stabilitätsfaktor anzusehen ist. Eine zeitvariante Analyse bis 1972 zurück belegt, dass auch autokratische

57 Vgl. Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel, Diffusion der Demokratie – Transfer eines erfolgreichen Modells? In: Erdmann/Kneuer, Externe Faktoren der Demokratisierung, S. 37–74.

58 Dieser Bestimmung wird entsprechend in der folgenden Argumentation gefolgt.

59 Hier liegt die Betonung auf dem Abbau sozialer Ungleichheit, teilweise durch Landreformen. Dabei wird auf eine Ideologie der Gleichheit Bezug genommen. Das Problem dieser Ideologie ist, dass ihre reale Umsetzung durch die Herrschaftsunterworfenen relativ gut kontrolliert werden kann und diese sich bei Nichterfüllung der Forderungen gegen die Elite wenden – ohne diese Ideologie aufzugeben.

Tabelle 3: Demokratische Qualitätsverluste und potentielle Erklärungsfaktoren (zeitinvariant)<sup>60</sup>

	Auftreten eines demokratischen Qualitätsverlustes Alle Staaten 1990–2007	Stabilität in Gruppe der Autokratien 1990–2007
GDP per Capita (WB – Mittelwert für Periode)	-.50	n. s.
Wirtschaftswachstum (WB – Periodenmittel)	-.25	+ .29
Korruptionsgrad (Corruption Perception Index nach Transparency International)	+.55	n. s.
Grad der sozialen Ungleichheit (GINI-Index)	+.40	n. s.
Civil-Military-Relations <sup>61</sup>	-.43	n. s.
Zugehörigkeit zum islamischen Kulturkreis	+.31	+ .32

Quelle: Eigene Berechnungen n=81–114; pearsons r, signifikant bei <.05; Analyse auf der Basis von Ereignissen; zeitinvariant = Bezugnahme auf Zeitraum 1990–2007.

Regime eine höhere Stabilität aufweisen, wenn sie wirtschaftlich erfolgreich sind (Korrelationen von  $r=.12$  mit Wohlfahrtsstand und  $r=.13$  mit Wirtschaftswachstum). Aus Tabelle 3 wird erkennbar, dass es dabei die kurzfristigen ökonomischen Erfolge sind, die für Autokratien im Zentrum stehen, während der Effekt des Wirtschaftswachstums auf demokratische Qualitätsverluste weniger stark ausfällt. Anscheinend führt aber erst eine langfristig weiter voranschreitende Modernisierung, die individualistische Interessen bei den Bürgern auslöst und sich von den kollektivistischen Hintergrundideologien autokratischer Regime frei macht, zu einem Wunsch nach einem Wandel zur Demokratie.<sup>62</sup>

Allgemein wird erkennbar, dass dem (kulturellen) Faktor Legitimität für alle Regimetypen eine hohe Bedeutung als Verbindungsglied zwischen gesellschaftlichen Rahmenentwicklungen und politischer Stabilität zukommt. Dafür sind sozioökonomische Effektivitätskriterien (ökonomischer Erfolg, Gewährleistung

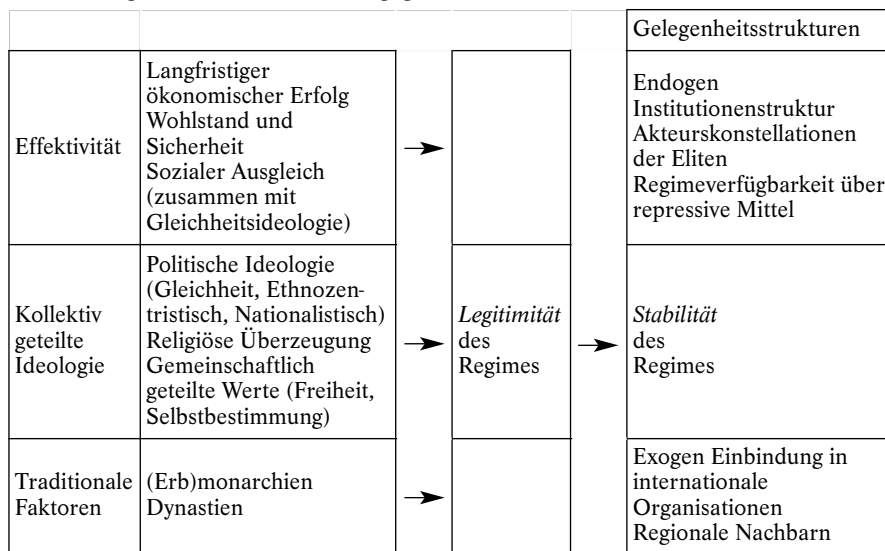
60 Aufgrund der starken Binnenkorrelationen zwischen verschiedenen Rahmenfaktoren wurde auf eine multiple Regressionsanalyse verzichtet. Die selektiven Ergebnisse dienen zur Unterlegung der folgenden Argumentation und bedürfen zukünftig statistischer Differenzierungen.

61 Vgl. Staroff, Comparing Political Regimes, S. 101.

62 Hinter diesem Gedanken steht die Annahme, dass Prozesse partialer Modernisierung, die sich auf die sozioökonomische Ebene beschränken, nur zeitlich befristete Legitimität gewähren. Vgl. Dietrich Rüchemeyer, Partielle Modernisierung. In: Wolfgang Zapf (Hg.), Theorien des sozialen Wandels, Königstein/Ts. 1979, S. 382–397.

von Wohlstand, aber auch die Zurückdrängung oder der Ausgleich sozialer Ungleichheit) auf der Ebene manifesten Regimehandelns bedeutsam, werden diese Maßnahmen – vorausgesetzt, sie sind erfolgreich – doch langfristig auch in Legitimität übersetzt. Dieser Transfer entspricht nun genau dem modernisierungstheoretischen Model der politischen Kulturforschung. Mindestens genauso wichtig sind allerdings vom Volk geteilte Ideologien. Werden diese von den Bürgern akzeptiert, dann sind sie eine starke Ressource für die Stabilität jedweden Regimetyps. In sinkendem Umfang muss auch heute noch die Ausbildung traditionaler Legitimität für den Systemerhalt als hilfreich angesehen werden.

Abb. 5: Legitimität als Verbindungsglied zur Stabilität



Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Setzt der Legitimitätsgrad den Basisrahmen für Stabilität oder Instabilität eines Regimes und transportiert verschiedene andere gesellschaftliche Entwicklungen in das politische System, so ist die zeitliche Realisierung von Umbrüchen bei fehlender Legitimität – also das timing – hochgradig von den vorherrschenden Gelegenheitsstrukturen abhängig. Erst wenn sich entsprechende Akteurskonstellationen und Gegeneliten finden, welche sich gegen die unterschiedlich gut (z. B. mit der Militärführung, Sicherheitskräften, wirtschaftlichen Eliten) vernetzten Herrschaftseliten durchsetzen können, wird der Umbruch konkret stattfinden. Verfügt ein Regime über starken Zugriff auf Repressionsmittel oder kann es Gegeneliten durch Institutionalisierung in das Regime einbinden und ist zudem keinem zu starken Druck durch externe Akteure ausgesetzt (wofür finanzielle Ressourcen, die dem Land eine weitgehende Unabhängigkeit gewähren, günstig sind), dann kann es auch bei einer geringen Legitimität in der Bevölke-

rung noch recht lange überleben. Den Zusammenbruch und Wechsel in einen anderen Regimtyp dürfte es aber auf Dauer kaum vermeiden können.

## **V. Fazit – demokratisierende Modernisierung, tendenzielle Instabilität und die Kraft der Ideologie**

Betrachtet man die Ergebnisse, dann scheint die auf Demokratisierung bezogene Modernisierungstheorie nicht obsolet zu sein. Es spricht vieles dafür, dass die fortschreitende sozioökonomische Modernisierung ein günstiges Szenario für eine weitere Ausbreitung von Demokratie darstellt. Zum einen erhöht sich trotz aller kurzfristigen Rückschritte die Zahl der Demokratien, seien sie auch nicht immer defizitfrei, kontinuierlich, wenn man längere Zeiträume in den Blick nimmt. So verlagern sich die Interessen der Menschen mit steigendem Wohlstand von der Bewältigung des schwierigen Lebensalltages hin zum Ausbau individueller Freiheiten – und diese sind im Regimevergleich in Demokratien nach Ansicht der Bürger immer noch am besten gewährleistet, zumindest suggeriert dies die geltende „Ideologie der Demokratie“. Und damit können Demokratien in der Regel gleich auf zwei sie stabilisierende Mechanismen der Legitimitätsproduktion zurückgreifen – sozioökonomischen Erfolg und eine für viele Menschen attraktive Ideologie von Freiheit, Selbstentfaltung und Gerechtigkeit.

Nicht nur in Demokratien, auch in anderen Regimtypen ist Legitimität die Folge einer geteilten Ideologie oder Ausfluss von sozioökonomischem Erfolg. Ganz im Sinne der theoretischen Überlegungen Lipsets kann (vor allem sozioökonomische) Effektivität in einem Land zumindest eine Stabilität für den Zeitraum des Erfolges gewähren und wenn sie längerfristig anhält, Legitimität aufbauen. Daneben können andere Formen seitens der Bevölkerung geteilter Ideologien, seien sie religiöse bzw. ethnisch oder nationalistisch fundiert, Herrschaftslegitimität erzeugen. Gelegentlich beruht die Legitimation des Herrschaftshandelns auch auf der Bewunderung einer charismatischen Persönlichkeit, diese muss allerdings mittelfristig ökonomischen und politischen Erfolg oder eine die Gemeinschaft bindende Ideologie auf sich vereinigen, will sie sich nicht allein auf ihr Charisma verlassen müssen. Zudem unterliegen die personenzentrierten Regime, wie z. B. neopatrimoniale Systeme, wegen der Bruchstelle des Herrscherwechsels einer besonders starken Gefährdung durch am Wandel interessierte Akteure. Somit benötigen Autokratien für ihren Erhalt in der Regel gute normative Gegenkonzepte gegenüber der attraktiven westlichen Individualisierung und/oder einen langfristigen ökonomischen Erfolg. Gelingt ihnen dies, dann können sie in den Bevölkerungen eine gemeinsame Identität schaffen, die das zentrale Muster für eine Regimelegitimität darstellt und auch normative Gegenmodelle ausgrenzt.

Damit wird gleichzeitig deutlich: Obgleich Modernisierung Demokratisierung befördert, ist sie doch keine zwingende und selbstverständliche Begründung für Demokratisierung. Die jeweiligen kulturellen Rahmenbedingungen stecken die Möglichkeiten des Wandels sowie dessen Richtung ab. Gerade das Durchsickern von Ideologien in die Bevölkerungen und deren Akzeptanz legt über die Gewährung von Legitimität den Grundstein für die Stabilität politischer Systeme. Eine fehlende Verankerung in der Bevölkerung untergräbt dagegen auf Dauer die Stabilität jedes Regimes, egal welche politisch-institutionellen Veränderungen es vornimmt. Folglich sind politische Systeme, die nur eingeschränkt Legitimität besitzen, auf Dauer instabiler als Systeme, denen es gelingt, ein gewisses Ausmaß an Legitimität jenseits kurzfristigen ökonomischen Erfolges oder Repression aufzubauen. Dies zeigen nicht zuletzt die unterschiedlichen Überlebensdauern von (meist wenig Legitimität genießenden) Militärregimen und (oft als legitim anerkannten) Monarchien.

Gleichfalls wird erkennbar: Es ist für Autokratien möglich zu überdauern, wenn sie eine seitens der Bürger geteilte Ideologie (z. B. Gleichverteilung von Gütern in der Bevölkerung oder religiöse Vorgaben) und damit Legitimität aufbauen können. Aber auf Dauer sind es die konkurrierenden Wertorientierungen und deren Befriedigung in der Gesellschaft, welche die Stabilität autoritärer oder hybrider Regime in Frage stellen. Nur starke Alternativen zur Demokratie auf dieser Ebene sind im Rahmen der westliche Normen verbreitenden Globalisierung eine Stabilitätsgarantie für autoritäre Regime. Als erfolgreich erwiesen haben sich Abgrenzungsstrategien, die sich auf die Bekämpfung sozialer Ungleichheit konzentrieren oder aber religiös fundiert sind. Auch sozioökonomischer Erfolg, wie in Analysen zum „Ressourcenfluch“ herausgearbeitet, kann autoritäre Regime erst einmal stützen. Die Entwicklung hin zu demokratischen oder zumindest demokratisch angehauchten hybriden Regimen, die auch als kompetitive autoritäre Mehrparteienregime eingeordnet werden, scheint aber *langfristig* in Richtung Demokratie zu verlaufen.

Damit wird zuletzt der Blick auf eine weitere wichtige Komponente gelenkt – dem „timing“ oder der zeitlichen Abfolge von Regimewandel. Allein aus Betrachtungen von kurzen Zeiträumen kann nicht auf einen Trend hin zu oder weg von einer Demokratisierung geschlossen werden. Weder bricht ein System gleich zusammen, wenn erste Anzeichen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung auftauchen (was in autoritären Regimen sowieso schwierig festzustellen ist), noch verlaufen die Zusammenbrüche in einem vergleichbaren Tempo. Vielmehr sind diese Zeitverläufe hochgradig von den Rahmenbedingungen (Grad der Repression, Regimetyp sowie die Zusammensetzung der Akteurskonstellationen) abhängig. Sie – und dies darf nicht übersehen werden – sind allerdings nur dann von Relevanz, wenn das politische Regime seine Legitimität in der Bevölkerung bereits verloren hat.

Was kann man für die eingangs gestellten Fragen schließen? Die Modernisierungstheorie ist als Instrument der Betrachtung von politischen Entwicklungen

nicht vorschnell zu verwerfen, scheint der Trend zur Demokratie doch – aus erklärbaren Gründen – langfristig relativ ungebrochen. Diese Entwicklung ist aber nicht im Sinne eines unausweichlichen und universellen Schicksals politischer Systeme zu verstehen. Zum einen hängt die Legitimität eines politischen Regimes von den Veränderungen der sozialstrukturellen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen ab. Oder anders gesagt, jeder Regimetyp muss unter den wechselnden Rahmenbedingungen der Moderne immer wieder neu bestehen. Zum anderen sorgen politische und sozioökonomische Ineffektivität für Legitimitätsverluste autokratischer und demokratischer Regime, woraus nach Überschreiten eines Schwellenwertes der Rückgriff auf andere Formen der politischen Herrschaft resultieren kann. Armut, soziale Ungleichheit und Wirtschaftskrisen stellen dabei die zentralen Problemfaktoren für einen Verbleib im Stadium der Demokratie dar. Zudem werden Regime an ihren Leitideologien bemessen. Sind sie nicht in der Lage, diesen in der Realität zu genügen (und auch dieses gilt für Demokratien und Autokratien gleichermaßen), dann schwindet die überlebensnotwendige Legitimität. Angesichts sich abzeichnender Wirtschaftskrisen und Unzufriedenheitsphänomene mit der eigenen Situation im Vergleich zu „Anderen“ dürfte die Zukunft eher eine erhöhte Instabilität politischer Regime zur Folge haben.

Gleichzeitig stellt die Feststellung des noch ungebrochenen Trends hin zum Regimetypus Demokratie eine empirische Bestandsaufnahme dar. Sie kann für sich nicht pauschal mit dem Vorwurf eines „democracy bias“ belegt werden – wird in der Interpretation nicht eine modernisierungstheoretische Teleologie im Sinne der Ableitung eines unabwendbaren Prozesses verwendet. Eine rein normativ begründete Abwehrhaltung hilft bei der Analyse der Phänomene kaum weiter. Hilfreicher scheint eher eine detaillierte und möglicherweise in den zu bestimmenden Regimetypen passgenauere empirische Analyse, welche differenzierte und auch abweichende Befunde präsentieren kann. Diese dürfen sich aber nicht in selektiven Einzelbeispielen erschöpfen oder normativ anderen Zugängen Normativität unterstellen.